

grundlage des Staates ergeht, dem zur Großmachstellung die gehörige Abrundung und Geschlossenheit seines Landgebietes fehle. Zu einem von Friedrich selbst als „Träumereien“ bezeichneten Abschnitt bezeichnet der König die Erwerbung Sachsens und Westpreußens als eine Aufgabe der Zukunft, deren Erfüllung er offenbar von seinen Nachfolgern erwartet.¹⁾

f. Nach der Beendigung des preussischen Feldzuges gegen Sachsen vervollständigte sich das österreichisch-russisch-sächsische Angriffsbündnis zu einer europäischen Koalition gegen Preußen.

α. Frankreich ging jetzt über das Verteidigungsbündnis von Versailles hinaus und schloß sich der Offensive gegen Preußen an (Vertrag zu Versailles am 1. Mai 1757).

Es versprach, ein Heer von 100000 Mann gegen Preußen ins Feld zu stellen und Österreich jährlich 12 Millionen Gulden Subsidien zu zahlen. Dafür wurde ihm von Österreich in Aussicht gestellt, dem Schwiegerohn Ludwigs XV. (Don Philipp) die spanischen Niederlande zu übergeben, während dessen italienische Besitzungen an das Erzhaus fallen sollten. Preußen sollte auf den Besitzstand des beginnenden 17. Jahrhunderts reduziert werden.

Der gänzliche Umschwung der französischen Politik wurde hauptsächlich dadurch bewirkt, daß Frankreich im Bunde mit Österreich Gebiets-erweiterungen zu erlangen hoffte, die ihm in der Zeit seines Zusammengehens mit Preußen stets verjagt geblieben waren. Nicht zu unterschätzen war auch der Einfluß der Marquise von Pompadour auf Ludwig XV., der den König in seiner zunehmenden Abneigung gegen Preußen befestigte.

β. Rußland und Österreich verpflichteten sich in einem Vertrage vom 2. Februar 1757, je 80000 Mann gegen Preußen ins Feld zu stellen. (Rußland sollte von Polen Kurland und Semgallen erhalten und Polen dafür durch Ostpreußen entschädigt werden.)

γ. In Schweden vereinigte sich der bisher sich bekämpfende russische und französische Einfluß (Partei der Mägen und Hüte) gegen Preußen. Ein von der Königin Ulrike beabsichtigter Staatsstreich zum Sturze der Adels-herrschaft scheiterte, und das Königspaar mußte sich mit dem vom Reichsrat beschlossenen Kriege gegen Preußen einverstanden erklären.

δ. Von seiten des Reiches wurde auf Antrag des Kaisers, der schon vorher die preussischen Offiziere aufgefordert hatte, ihrem König den Gehorsam zu verjagen, die Exekution gegen Preußen und die Aufstellung eines Reichs-heeres beschlossen.

g. England war trotz der Westminsterkonvention keineswegs von vorn-herin ein entschiedener Verbündeter des Königs von Preußen; erst nachdem Österreich in neuen Unterhandlungen für die Franzosen einen Durchzug durch Hannover gefordert hatte, überzeugte der neuernannte leitende Minister Englands, Pitt, das englische Unterhaus von der Gefahr, die auch England aus der Verbindung der Höfe von Wien und Paris erwachse. Infolgedessen stellte England zum Schutze Hannovers ein Heer auf, das aber zum Schaden für Preußen (auf Friedrichs eigenen Wunsch) dem Oberbefehle des unfähigen Herzogs von Cumberland unterstellt wurde.

¹⁾ Genaueres hierüber bei W. Lehmann, Friedrich der Große und der Ursprung des Siebenjährigen Krieges (1894) und in den diesbezüglichen Aufsätzen von Ludwald (Westminsterkonvention) und Delbrück in den Jahrgängen 79, 80, 84, 86 und 100 der Preussischen Jahrbücher.